

Energiewende : Das Märchen vom „grünen Wirtschaftswunder“

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 3. November 2021

Energiewende: Das Märchen vom „grünen Wirtschaftswunder“)*

Pariser Klimaschwindel*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 3. November 2021

Beat Gygi (Red. WELTWOCHE Zürich)*

=====

Die Schweiz will sich an der Uno-Klimakonferenz in Glasgow gegen Betrug einsetzen. Das bringt nichts.

Der Pariser Abkommen ist auf Täuschung angelegt.

=====

Am 31. Oktober beginnt in Glasgow die 26. Uno-Klimakonferenz, die COP 26. Sie hätte eigentlich 2020 stattfinden sollen, wurde aber wegen Corona um ein Jahr verschoben. Der zweiwöchige Anlass in Glasgow gilt für Regierungen, Politiker, Verwaltungen und Interessengruppen als wichtiges Treffen, weil dies die erste Zusammenkunft seit dem Start des Pariser Abkommens ist, das für die Zeit nach 2020 die Klimapolitik der Staaten weltweit koordinieren soll. «Paris» ist ein Leuchtturm für die ganze Klimaszene. Auch ohne viel nachzudenken, kann man diesen als Orientierung nutzen, und jetzt steht er vierzehn Tage in Glasgow.

Auf dem Konferenzprogramm stehen drei Hauptthemen: erstens Treibhausgasminderung und Temperaturmässigung, zweitens Anpassung an den Klimawandel und drittens Finanzierung von Massnahmen, etwa die Unterstützung der Entwicklungsländer durch **die Industrieländer mit jährlichen Nord-Süd-Flüssen von gegen hundert Milliarden Dollar. Diese Summe ist denn auch ein wichtiges Motiv für Regierungen ärmerer Länder, an die Konferenz zu reisen und da zu feilschen.**

Neue Grundlagen

Aber Punkt eins dominiert: **Das emotional und ideologisch aufgeladene Temperatur- und CO2-Bedrohungsbild.** Kürzlich hat die Internationale

Energieagentur das Terrain vorbereitet, Stimmung gemacht mit der Publikation des neuesten «Welt-Energie-Ausblicks» – einer Spezialausgabe, die eigens «gestaltet wurde, um die Entscheidungsträger an der COP 26 zu unterstützen und ihnen die wichtigsten Punkte darzulegen», um den Energiesektor auf neue Grundlagen zu stellen.

Zentrale Botschaft des Berichts: Es wird noch viel zu wenig getan, um die Ziele zu erreichen, die im Pariser Abkommen enthalten sind und vom Weltklimarat (IPCC) unterschwellig immer wieder beschworen werden. Das Ziel von «Paris» ist eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius oder jedenfalls auf unter 2 Grad. Die Mahnung der Energieagentur findet bei zahllosen Umwelt-Interessenorganisationen grosses Echo und wird weiterverbreitet, etwa vom WWF: Nach dem Weltklimarat im Sommer zeige jetzt auch der «Welt-Energie-Ausblick», dass zu wenig getan werde, um die «Erderhitzung» – so der Kampfbegriff – auf 1,5 Grad zu beschränken. Der Report sei ein letzter Warnruf vor der Konferenz in Glasgow. Die Staatengemeinschaft müsse jetzt dringend handeln, die Zeit dränge.

In der Wirtschaft ist die Begeisterung geringer, aber man fügt sich; viele Firmen nehmen die Pariser Ziele wie selbstverständlich hin, wie einen Rahmen, dem sie nicht ausweichen können. Oft nutzen sie das Schlagwort «Paris» auch als Begründung für ihre eigenen betrieblichen Klimastrategien, weil sie damit rechnen, dem sich überall ausbreitenden Soft Law sowie den kommenden Regulierungsvorgaben dadurch eher genügen zu können. In Deutschland kam es so weit, dass das Bundesverfassungsgericht Beschwerden gegen das deutsche Klimaschutzgesetz teilweise stützte, weil dieses für die heute Lebenden zu wenig streng sei und künftigen Generationen zu grosse CO₂-Reduktionen aufbürde.

Basis für das Verfassungsgericht war die fixe Idee von Paris: Die im Abkommen versprochenen Treibhausgas-Reduktionsziele sind aus dieser Sicht unbedingt einzuhalten, wenn ein Staat einmal ja gesagt hat zu diesen Vorgaben. Das heisst, dass es von heute an bis in alle Ewigkeit nur noch ein bestimmtes Budget an CO₂-Emissionen gibt, das man, zum Beispiel als Land, bis zum Erreichen des Netto-null-Zeitpunkts ausstossen darf. Also: Je mehr Emissionen heute erfolgen, desto weniger darf man sich morgen erlauben. Ein fixes Budget mit festem Zahlungsplan, bei Verfehlung in Deutschland von den eigenen Bürgern einklagbar. Eine Regierung, die ja sagt zum Pariser Abkommen, ist in einem Programm gefangen, das keinen Spielraum lässt für demokratisch gewollte Anpassungen des Kurses, ist auf einer festen Schiene – wenn man «Paris» ernst nimmt.

Die Schweiz ist auch auf der Schiene, sie hat das Pariser Abkommen ebenfalls ratifiziert. Insgesamt sind über 190 Regierungen dabei, viele reisen nach Glasgow. Laut Angaben der Bundesverwaltung wird die Schweiz zum Auftakt der Konferenz von Bundespräsident Guy Parmelin am 1. und 2. November am Leader's Summit, dem Treffen der Staats- und

Regierungschefs, vertreten. Die gesamte Schweizer Verhandlungsdelegation für Glasgow umfasst laut Informationen des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) elf Personen und steht unter der Leitung von Botschafter Franz Perrez aus dem Bundesamt für Umwelt (Bafu), einem Juristen mit langer Erfahrung in internationalen Beziehungen. Das Budget wird auf 136 500 Franken veranschlagt.

Mitreisen werden laut den Angaben zudem drei Personen der sogenannten Zivilgesellschaft, darunter zwei aus der Wirtschaft (Swissbanking und Schweizerischer Versicherungsverband) und eine Vertretung aus der Umweltallianz (WWF). Darüber hinaus soll jemand aus der Wissenschaft, von der Universität Genf, die Schweizer Gruppe begleiten. Zudem werde laut Uvek im Rahmen eines «Youth Rep»-Programms, wie es im Aussendepartement seit einigen Jahren etabliert sei, eine Vertreterin der Jugend an der Konferenz teilnehmen.

Wie sieht die Reise umweltmässig aus? Die Mitarbeiter des Bafu werden laut den Angaben per Zug anreisen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will am 10. November direkt nach der Bundesratssitzung an die dann schon ein paar Tage alte Konferenz nach Glasgow fliegen, begleitet von zwei Personen. Bundespräsident Parmelin nimmt für seinen Besuch ebenfalls das Flugzeug, auch in Begleitung von zwei Personen.

Die Ziele der Schweizer Verwaltung für Glasgow: im Pariser Abkommen einheitliche und griffige Regeln etablieren, die für alle Länder gelten. Zunächst einmal will man sicherzustellen versuchen, dass Treibhausgasemissionen, die ein Land im Ausland vermindert, nicht doppelt angerechnet werden können, also nicht im Geberland und gleichzeitig auch im Empfängerland – eigentlich eine Selbstverständlichkeit für ein System, das von rechtschaffenen Parteien betrieben wird. Aber offenbar ist das Pariser System anfällig für Schwindel.

Die Schweiz will sich des Weiteren für Investitionen besonders auch in den Klimaschutz in Entwicklungsländern einsetzen. Man will zudem, dass alle Staaten Strategien entwickeln, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Und schliesslich erwartet Bern eine Entscheidung über gemeinsame Zeitpläne für die Klimaziele der Staaten (common time frames). All dies läuft letztlich darauf hinaus, dass die Schweizer Politik und Verwaltung sicher sein wollen, dass man im Pariser System nicht betrogen wird, dass alle fair mitziehen bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen, dass Verträge und Versprechen eingehalten werden, dass niemand die anderen ausnützt, **niemand Trittbrett fährt und dass transparent wird, wer was macht.**

System für Trittbrettfahrer

Und genau das kann man vom Abkommen von Paris nicht erwarten. Das ganze Konstrukt ist ja deshalb entstanden, weil es der Uno vorher nicht gelungen war, die Regierungen weltweit zu einem koordinierten Verringern

der Treibhausgasemissionen zu bringen. Das frühere Arrangement, das Kioto-Protokoll mit ziemlich verbindlichen Vorgaben zur CO₂-Reduktion, wurde zuletzt nicht mehr von vielen befolgt und erfasste nur noch 14 Prozent der weltweiten Emissionen. Das Pariser Abkommen dagegen hat nun über 95 Prozent der weltweiten Emissionen unter seiner Kontrolle, es wirkt also umfassend.

Aber das Wort Kontrolle ist falsch. Es ist nur Schein. Jede Regierung kann Ziele nennen, diese werden vorgezeigt, die anderen kommentieren sie, es gibt Berichte, als ob man das ernst nähme – aber ob das Versprochene dann eingehalten wird, kümmert niemanden mehr gross.

Nichterfüllen der Ziele bleibt im Pariser Vertrag straflos. Das gab den USA und China die Möglichkeit, sich in «Paris» einzuklinken und den Anschein zu erwecken, dass auch die beiden allergrössten Energieverbraucher und CO₂-Emittenten nun bei der Klimarettung mit von der Partie seien.

Der Bundesrat nimmt all das ernst, er hat 2019 den CO₂-Reduktionspfad eigenmächtig verschärft und netto null bis 2050 versprochen. Warum fragte er das Volk nicht? Und warum gibt er die Emissionen immer in Tonnen pro Land an und nicht pro Kopf? Der Treibhausgasausstoss der Schweiz hat sich von 1990 bis 2020 um rund 14 Prozent verringert, und das bei massiver Zuwanderung. Pro Kopf betrug die Reduktion 33 Prozent. «Das gilt nicht», kommt sofort der Einwand von Rot-Grün. Warum nicht? Im Pariser System nennen gut vierzig Regierungen wie die Schweiz ein absolutes Reduktionsziel pro Land. Aber über siebzig Länder messen die Emissionen relativ zum Referenzzustand, wie er ohne Bemühungen wäre, und zehn Länder nehmen die Emissionen pro Kopf oder pro Dollar Wertschöpfung.

Das Pariser Abkommen kann nie den Ansprüchen genügen, welche die Schweiz für Glasgow formuliert hat. **Das System ist auf Trittbrettfahren angelegt.** Wenn ein Land ernsthaft darum bemüht ist, die angegebenen Emissionsziele zu erfüllen und seine Wirtschaft bei Energieverbrauch und Emissionen zu drosseln, kann es nicht damit rechnen, dass die anderen auch so handeln. **Die Klimaschwindler lachen mehr oder weniger** heimlich über die braven Schweizer und ein paar andere Arglose, die ihre Wirtschaft bremsen. Es ist für die Schweiz eine **Verschwendung, in einem solchen System mitzumachen.**

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion :*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 42 (2021)| 21. Oktober 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

Stromversorgung: Wenn Windräder einander den Wind wegnehmen*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 3. November 2021

*Dagmar Jestrzinski (Red. PAZ)**

Forscher sprechen von „Terrestrial Stilling“ :

Neueste Studien erhellen eine bislang verdrängte Nebenwirkung des massiven Ausbaus der „Erneuerbaren Energien“

Seit 2016 forscht eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern am Zentrum für Erdwissenschaften der Universität Göteborg in Schweden und in weiteren europäischen Forschungsinstituten im Rahmen des „European Union's Horizon 2020 Research and Innovation Programme“ über mögliche Ursachen für die seit Jahrzehnten abnehmenden Windgeschwindigkeiten über den Landflächen der mittleren Breiten der nördlichen Erdhalbkugel. Das in der Öffentlichkeit noch wenig bekannte Phänomen mit der Bezeichnung „Terrestrial Stilling“ (TS, „terrestrische Windberuhigung“) scheint sich global auszudehnen und betrifft auch Deutschland.

Windschwächere und windstärkere Perioden, zwischen denen jeweils 20- oder 30-jährige Ab- beziehungsweise Zunahmen erkennbar sind, werden laut dem Deutschen Wetterdienst (DWD) seit den 80er Jahren nicht mehr registriert. Weltweit ist der oberflächennahe Wind von 1968 bis 2014 um 0,5 Kilometer pro Stunde langsamer geworden, melden die „Stilling“-Forscher in ihrer jüngsten Veröffentlichung vom 10. März 2021. Das klingt nach wenig, doch TS könne in Zukunft zu enormen ökonomischen und ökologischen Problemen führen, warnen die Wissenschaftler.

Investoren sind beunruhigt

Auch der Höhenwind in der für die Windkraft kritischen Höhe von 100 bis 200 Metern wird offenbar schwächer. Windparkinvestoren sind schon länger beunruhigt. Der Ertrag pro Windkraftanlage ist Windgeschwindigkeit hoch drei, es macht also einen Unterschied, ob in Deutschland bei einer Abnahme des Windes von etwa 0,1 Meter pro Sekunde in zehn Jahren nach 20 Jahren mit 4,5 oder 4,8 hoch drei zu rechnen ist. So wurde

beispielsweise für Osnabrück eine Abnahme der mittleren Windgeschwindigkeit von über 13 Prozent seit den 60er Jahren gemessen.

Desgleichen bestätigt eine Forschergruppe vom „Institute of Atmospheric Physics, Chinese Academy of Sciences“, Peking, in einer am 5. Oktober 2018 veröffentlichten Studie rückläufige Windgeschwindigkeiten in den mittleren Breiten der nördlichen Hemisphäre. In China, dem Land mit der weltweit höchsten Windstrom-Kapazität, ebenso wie etwa in Texas/USA, verzeichneten die Regionen mit riesigen Windparks und großen „Windenergie-Reserven“ die stärkste Abnahme des oberflächennahen Windes.

Hiobsbotschaft aus der Forschung

In Europa haben demnach 50 Prozent der beobachteten Stationen seit 1979 mehr als 30 Prozent des Windkraftpotentials verloren. Die „Stilling“-Forscher um Cesar Azorin-Molina relativieren die Ergebnisse neuerer Studien, die meldeten, dass seit 2010 wieder eine Zunahme der Windgeschwindigkeiten verzeichnet werde. Dabei handele sich nicht um eine Trendwende, sondern eher um eine Variation, welche auf die atlantische und pazifische Schwankung zurückzuführen sei, die sich über Jahrzehnte erstreckt. In Deutschland wirke sich diese scheinbare Trendwende im Übrigen sowieso nicht aus.

Die „Stilling“-Forscher haben die gängigen Theorien zu möglichen Ursachen von TS nicht bestätigen können, betonen aber die Rolle der globalen Erwärmung bei der Abnahme des oberflächennahen Windes. Für das Phänomen TS haben die Wissenschaftler ein neues, auf einer Fülle von Datenreihen basierendes Rechenmodell entwickelt, das 1850 ansetzt, TS seit 1968 abbildet, auch die Veränderungen des Höhenwindes einbezieht sowie die weitere Entwicklung bis 2099 berechnet. Die Hiobsbotschaft lautet, dass TS in den mittleren nördlichen Breiten während des gesamten 21. Jahrhunderts andauern werde.

Die Wissenschaftler warnen vor Auswirkungen infolge geringerer Verdunstung für die Agrarwirtschaft und vor lang andauerndem Smog in Großstädten. Dies könne schwere gesundheitliche Schäden bei zahllosen Menschen zur Folge haben. Hinsichtlich der Windenergie raten sie zu einer „langfristigen Strategie“.

Offen bleibt, wie der Faktor des stetig gestiegenen Windenergie-Entzugs aus der unteren Atmosphäre durch die global zunehmende Windkraft-Nutzung mit immer mehr Windparks in der Studie gewichtet wurde. Von 2018 bis 2020 stieg die weltweit installierte Windkraftleistung von 591 Gigawatt (Milliarden Watt, kurz GW) auf 743 GW. Rechnet man zwei Megawatt (Millionen Watt, kurz MW) pro Anlage, ergibt sich die Zahl von 371.000 Windkraftanlagen, von denen sich bis zu 80 Prozent in den mittleren Breiten der nördlichen Hemisphäre drehen, also dort, wo TS in Erscheinung tritt und vermutlich einen dynamischen Aufschwung nimmt. Darauf lässt die Prognose einer Fortdauer des „Stilling“ während des 21. Jahrhunderts schließen.

Ausbau reduziert Energiepotentiale

Demgegenüber hat die Auswertung von Satellitendaten eine Erhöhung der Windgeschwindigkeit über den meisten Ozeanen um mindestens 0,25 Prozent pro Jahr während der vergangenen 20 Jahre ergeben. Auffällig ist die im Vergleich mit den Weltmeeren gegenläufige Entwicklung des Windes über der Nordsee, und zwar nicht nur im Bereich der Hochsee-Windkraft-Parks mit teilweise mehreren hundert Windrädern, sondern weit darüber hinaus, wie jetzt festgestellt wurde.

Allein in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) des Randmeeres entziehen 1500 Hochsee-Windräder permanent Strömungsenergie aus mehr als 200 Metern Höhe. Das Helmholtz-Zentrum Hereon für Küstenforschung in Geesthacht bei Hamburg veröffentlichte am 4. Juni einen Presstext zu einer neuen Studie mit der Überschrift: „Beschleunigter Ausbau der Offshore-Windenergie verändert das Windklima und reduziert zukünftige Energiepotenziale“.

Wind ist eine limitierte Ressource

Danach wirkt sich die atmosphärische Bremswirkung der Windkraftanlagen erstaunlich großräumig aus, im Durchschnitt 35 bis 40 Kilometer weit, bei bestimmten Wetterlagen sogar bis zu 100 Kilometer. Die Leistung eines benachbarten Windparks könne sich damit um 20 bis 25 Prozent verringern, was zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führe. Wind über der Nordsee könne als „limitierte Ressource“ betrachtet werden, heißt es.

Diese Erkenntnis ist also in der Wissenschaft angekommen, während eine breite Öffentlichkeit uninformiert bleibt. Die Aussage beinhaltet eine Warnung an die Verfechter eines weiteren exponentiellen Windkraft-Ausbaus in der Politik, den politiknahen Stiftungen und der Windindustrie. Nicht nur in Anbetracht des „Stilling“ wäre die Forderung nach einem Windkraft-Moratorium von Seiten der Wissenschaftler konsequent und fällig gewesen, denn „alle erneuerbaren Technologien wirken sich auf das Klima aus, da sie bei der Stromerzeugung Wärme, Strömung und Feuchtigkeit umverteilen“ (Lee Miller, „The Warmth of Windpower“, 2020).

Um den kurzfristigen Einfluss der Nordseewindparks auf das Wetter zu untersuchen, plant der DWD zurzeit ein mehrjähriges Forschungsvorhaben. Bereits 2017 hatten die Wetterforscher bekannt gegeben, dass die Westwindwetterlage in Norddeutschland nicht mehr vorherrschend sei. Wesentlich häufiger wehe der Wind aus Süden und Südwesten. Überregionale und langfristige Klimaeffekte durch die exponentiell gestiegene Windkraft an Land und auf See sind desgleichen zu erwarten. Dabei sollte auch ein möglicher Zusammenhang mit der seit längerem beobachteten Veränderung der Bewölkung (Wolkenverdünnung) geklärt werden.

„In der Atmosphäre hat Alles mit Allem zu tun“, liest man auf der Internetseite des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz. Die

Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft ignorieren jedoch die zahlreichen neuen Studien, die genau das bestätigen. Chinesische Wissenschaftler haben bereits gemahnt, dass die physikalischen Prozesse in der Atmosphäre im Zusammenhang mit dem exponentiellen Windenergie-Entzug und dadurch entstehende Wetteränderungen vollständig verstanden werden müssten.

Auf Anfrage erklärte dazu das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR): „Die externen Kosten von erneuerbaren Energien sind noch weitgehend unerforscht.“ Das DLR selbst forscht auf diesem Gebiet nicht, empfahl aber den Kontakt zur Deutschen Energieagentur DENA. Die DENA reagiert indessen nicht auf diesbezügliche Anfragen.

Folge einseitiger Betrachtung

Trotz des weiterhin ungeklärten Phänomens TS entsteht unterdessen durch das Beharren auf einer Klimapolitik mit der Windkraft als tragender Säule ein immer größeres Risiko für unsere existenziellen Lebensgrundlagen. Geschuldet ist diese Haltung dem einseitig CO₂-fokussierten klimapolitischen Konzept und milliardenschweren Investitionen in die Windkraft.

Meteorologen stellen sich hinter das Konzept, indem sie behaupten, dass die entzogene Windenergie laufend wieder ausreichend erzeugt werde, da die Atmosphäre unserer Erde einer großen Wärmekraftmaschine gleiche: Windenergie entstehe durch transformierte Sonnenenergie, nämlich durch die unterschiedliche Sonneneinstrahlung in den Tropen und am Pol. Und wir bekämen genug Sonnenenergie.

Gigantischen TS-Motor erschaffen

Die Erklärung mag schlüssig klingen – nur ist sie für die einzig mögliche Methode, Bewegungsenergie abzuschöpfen, gar nicht anwendbar: Standortgebunden abgeschöpfter Wind fehlt dauerhaft in den Windströmungen, solange sich jeweils die Rotoren drehen, da Wind permanent zeitgleich anströmt und zu etwa 40 Prozent abgeschöpft wird. Die Bezeichnung „erneuerbar“ für abgeschöpfte Windenergie ist daher falsch und irreführend.

Auch wurde bisher noch gar nicht berechnet, ob die Sonneneinstrahlung in den mittleren und hohen nördlichen Breiten generell ausreicht, um die aus der unteren Atmosphäre abgeschöpfte Energie für 600 GW Windstromleistung ständig zu kompensieren. Leider fehlt für solche Berechnungen bisher der politische Wille. Sollte die Rechnung nicht aufgehen, steht fest, dass wir uns mit der exponentiellen Windenergie-Abschöpfung einen gigantischen TS-Motor erschaffen haben.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 22. Oktober 2021, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzinski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

)**

Auf Wunsch der Autorin wurden **hier** gegenüber dem in der PAZ publizierten Text einige kleine Änderungen...Ergänzungen editiert, die nach Aussage der Autorin Dagmar Jestrzinski dem ursprünglich bei der PAZ vorgelegten Manuskript entsprechen.

=====

ÜBER DAS KLIMAMANISCHE ZUM KLIMAPANISCHEN ?*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 3. November 2021

*Prof. Dr. Walter Fett**

Jahr 2020: Temperaturhöchststand contra Wirtschaftstiefstand

War noch im gerade erst vergangenen Jahrtausend das Klima etwa ein öffentliches Thema ? Da man vorwiegend noch meist im heimatlichen Umkreise lebte, erlebte man lediglich die recht gleichbleibende Breite der örtlichen Wetterereignisse, ohne sich darüber besonders kritische Gedanken zu machen.

=====

=

Der eine erlebte eine erfreulich schneereiche Jugendzeit, dem anderen kam zufällig eine höchst sonnige Sommer(wetter)ferienzeit zu gute. Man ließ sich auch von mal extremen Wetterereignissen und Wetterphasen in seinem spielerischen Tun kaum abhalten. Wenn man verreiste, blieb man in einem deutschlandweiten Klimagebiet und genoss allenfalls den interessanten Unterschied zwischen Land, Berge und See, daher von hitzegestauten und eher windigen Standorten. Die erlebte Temperaturbreite war schließlich vor allem von der Witterung und nicht vom Ort geprägt. Und die längste Zeit verbrachte man doch meist in der Wohnung, deren Etagenlage fern von der Straßenhöhe das Lebenswetter

bestimmte. Wer zuoberst in einem der vielen Hochhäuser wohnte, der erlebte eher einen küstennäheren Wind oder eine hügeloben gebotene Frische. Wer im städtischen Bodenbereich wohnte, der erlebte eher einen mittelmeerigen Wärmestau. Das alles aber wusste man von klein auf, es war kein Diskussionsthema, es war unabwendbares Schicksal. Man lernte damit schuldlos zu leben, sprach temporär allenfalls nur von Glück und Pech. Und der Begriff Klima kam gar nicht vor!

Wann und wodurch änderte sich dieses in der öffentlichen Diskussion? Wodurch wurde Klima quasi zum gesellschaftspolitischen Spielball, der zunehmend unser Verhalten einschränkend regulieren sollte und zum Zensieren zwingt? Vielleicht ist darin ein Hinweis darauf versteckt, wie gut es uns inzwischen im übrigen ergeht? Ein protestantischer deutschartiger Reflex? Antreibend gemahnt von vorbildlichen Jüngern der Selbstaufopferung, die jedoch nicht allein die Dummen bleiben wollen?

Eine ganze Liste auf das Klima bezogener Begriffe hat sich inzwischen angehäuft, welche sich sukzessive entwickelt haben. Wie wird man vielleicht bereits in einem Jahrzehnt darauf zurückschauen? Es bleibt dem Menschen letztlich nichts anderes übrig, als sich mit zunehmender Ironie schützend zu bedecken, indem er mit dem Begriff Klima spielt. Schließlich waren „Brot und Spiele“ bereits den Römern die Lebensbasis.

Schließen wir uns ihnen einfach an und lassen unsere Phantasie eben gutgelaunt, dabei auch sprachspielerisch wirken, wobei die *Klimamanie* sich ungezwungen schon mal vordrängt. Beispielsweise mit der *Klimamamamanie*: entspricht der *Klimamanie*, nur auf Regierungsebene spezialisiert. Oder auch *Klimamanierliches*, das zwar behutsame, jedoch ewig gleichbleibende Bramarbasieren auf hoheitlicher Polit-Ebene über den im Grunde *Klimakram* der *Klimakrämer*. Schließlich der *Klimbim*, das Klima betreffende überflüssige, unnütze, abgenützte und lediglich modezeitgemäße Diskussionsgequengel. Eigentlich heißt es ja *Klimabim* (Buchstabe *a* ist lediglich ein überflüssiger Setzfehler): Definition siehe auch DUDEN: „überflüssiger, unnützer Kram; Talmi, Krimskram, Gerümpel“.

Und wie stets im Leben ist es nur eine Frage der Zeit, dass auch dieses unwichtig wird und durch eine neue Kuh durchs Dorf getrieben wird, etwa als die derzeitige Coro-naja-Kuh, die – frischere Aufgeregtheits-Milch versprechend – zu recht irgendwann ebenfalls der Ablösung anheimfallen wird! Denn wer spricht derzeit etwa noch von einer befürchteten Klimaänderung, wo angesichts der weltweiten Wirtschaftsmisere der CO₂-Ausstoß drastisch reduziert ist, und wie davon unbeeindruckt der atmosphärische CO₂-Gehalt dennoch ein Allzeithoch erreicht hat? Dieser wird offenbar eher vom jahrhundertlangen Anstieg der Meerestemperatur geprägt, völlig menschen-unabhängig! Man frage sich daher: „Cui bono?“ = Wer will da sein eigentliches Geschäft machen?

Zumindest in Deutschland ist die Situation ganz offensichtlich. Schließlich wurde beizeiten eine gesonderte Behörde mit einer inzwischen

dreistelligen Anzahl an Mitarbeitern initialisiert, die sich speziell auch um die Temperaturerhöhung und seine möglichen Konsequenzen kümmern sollte. Würden diese etwa sich selbst abschaffen – analog zu vergleichbaren Vorgängen in der Wirtschaftsindustrie? Dort würden betroffene Institutionen ohne weiteres wieder aufgelöst werden, falls deren aufgekommene Fruchtlosigkeit sich herausstellte; ein gesellschaftskritisch normal hingenommener Vorgang. Bei staatlich initiierten Behördenteilen sieht das hingegen konkret anders aus: sie verhalten sich stets selbsterhaltend – und regulieren entsprechend ihre Ergebnisaussagen gemäß deren Bewertung, notfalls sogar panisch artikulierend: Aufhören ist eben auch weit schwieriger als Anfangen! In Sorge um die damit gefährdeten Sachbearbeiter wäre es andernfalls sogar billiger, diese einfach altersunabhängig auf eine vorzeitige Verrentung zu setzen, anstatt sie weiterhin Volksvermögen unangemessen verschleudern zu lassen!

Es geht wohl eher um lediglich persönliche Aufmerksamkeit Erheischende, die durch dennoch simple Extrapolation doch nur mit einer Art Neuklimatologie – mittels einer vermeintlich neuen Klima-Dekoration quasi als Klimaianer – sich vordrängeln.

Ginge es nach einigen grünen Idealisten, die sähen dann das CO₂ am besten generell aus der Atmosphäre eliminiert und etwa tief in die Erde versenkt. Allerdings hätten sie vergessen, dass die grüne Natur vom CO₂ lebt und uns dafür den Sauerstoff wieder ergänzt. Und ohne Sauerstoff gäbe es schließlich überhaupt kein Leben mehr auf der Erde: statt grün alles grau. – Ach!

Bereits vor fast einem halben Jahrhundert, kurz vor seinem Lebensende, musste bereits MAX PLANCK resignierend *„eine bemerkenswerte Tatsache feststellen: Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, dass die Gegner allmählich aussterben und dass die heranwachsende Generation von vornherein mit der Wahrheit vertraut gemacht ist.“* (Von DAVID HULL u. a. 1978 als **Planck's Principle** bezeichnet).

Im Rückblick aus einer späteren Zukunft heraus wird man vielleicht sogar einmal auch über die derzeitigen Tendenzen zu solcher Art Klimaklamauk und Klimaklatsch sich sogar mokieren; – eben: Viel Lärm um nichts!

Walter Fett – Sept 2021

Näher Erläuterndes siehe aufgeführt in der Internetseite
www.walterfett.de

=====

)* Anm. der EIKE-Redaktion:

Unser **Gast-Autor Prof. Dr. Walter Fett** hat schon in früheren Jahren Beiträge auf

unserer Webseite publiziert.

„Klimapolitik“ : Europa drohen Energie-Revolten*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 3. November 2021

Norman Hanert (Red. PAZ)*

Steigende Strom- und Gaspreise bringen die Regierungen von Deutschlands europäischen Nachbarn in Zugzwang

=====

Geht es nach dem Willen der Demonstranten, die sich zwei Tage vor der Bundestagswahl im Berliner Regierungsviertel zu einem „Klimastreik“ versammelten, dann kann es für die nächste Bundesregierung kein wichtigeres Thema als die ökologischen und sozialen Folgen einer „Erderhitzung“ geben. In anderen Teilen Europas deutet sich allerdings eine völlig andere Entwicklung an. **In mehreren Ländern sind die Versorgungssicherheit und vor allem die Bezahlbarkeit von Energie zu Top-Themen geworden.**

=====

Demonstrationen in Spanien

In ganz Spanien sind in den vergangenen Monaten immer wieder Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die drastisch gestiegenen Energiepreise zu demonstrieren. Im Mai hatte eine Megawattstunde im Schnitt noch einen Großhandelspreis von 65 Euro gehabt. Seit dem Frühsommer ist der Preis auf 172 Euro geklettert. Die linke Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Pedro Sánchez sah sich angesichts dieser Preisentwicklung inzwischen dazu gezwungen, die Energieversorger per Dekret zu einer Senkung der Strompreise zu zwingen.

Experten nennen gleich mehrere Gründe für den rasanten Anstieg der Strompreise in Spanien. Neben den gestiegenen Kosten für Kohlendioxid-Zertifikate treibt auch der stark angezogene Gaspreis die Stromrechnung der Privathaushalte in die Höhe. Dazu kommt die Wirkung des Auktionsmodells, mit dem in Spanien der Strompreis ermittelt wird. Bei

den täglichen Versteigerungen bestimmt die Tranche mit dem höchsten Gebot den Preis für den gesamten Strommarkt.

Kostenerleichterungen in Italien

Auch Italiens Regierung hat angesichts stark gestiegener Strom- und Gaspreise den Verbrauchern Kostenerleichterungen in Aussicht gestellt. Auf einer Veranstaltung der Industrievereinigung Confindustria kündigte Ministerpräsident Mario Draghi an, dass im letzten Quartal dieses Jahres ein Teil der Gasrechnung nicht bezahlt werden müsse. Nach den Vorstellungen Draghis sollen Familien und Kleinunternehmen auch Teile der Stromrechnung erlassen werden. Geringverdiener können zudem auf einen höheren Zuschuss für die Energiekosten hoffen. Für Italiens Staatshaushalt bedeuten die Pläne Draghis eine Belastung von mehr als drei Milliarden Euro.

Energiekrise in Großbritannien

In Großbritannien haben die hohen Gaspreise inzwischen sogar zu einer ausgewachsenen Energiekrise geführt, die für immer mehr Branchen der Volkswirtschaft Folgen hat. Laut dem Branchenverband Oil & Gas UK sind die Großhandelspreise für Erdgas seit Januar um 250 Prozent gestiegen.

Angesichts der hohen Energiepreise hat der Düngemittelhersteller CF Industries in zwei Fabriken in Großbritannien den Betrieb vorerst eingestellt. Bei der Düngemittelproduktion fällt Kohlendioxid als Nebenprodukt an. Durch die zeitweise Stilllegung der Düngemittelwerke von CF Industries mangelt es nun an Kohlendioxid zur vakuumssicheren Verpackung von Lebensmitteln, insbesondere von Fleischprodukten. Deshalb warnt die britische Lebensmittelindustrie inzwischen vor Versorgungsproblemen in Supermärkten und der Gastronomie.

Trotz des Brexits kann die Energiekrise in Großbritannien als Warnsignal für die EU gesehen werden. Bislang galt das Vereinigte Königreich nämlich als Vorreiter bei der Energiewende. Zumindest bisher sahen die „Klimapläne“ von Premierminister Boris Johnson vor, in Großbritannien schon bis Oktober 2024 vollständig auf Kohle zur Stromerzeugung zu verzichten. Wie die EU-Kommission strebt auch die britische Regierung bis 2050 eine „Treibhausgasneutralität“ an. In diesem Jahr hat eine sommerliche Flaute aber dazu geführt, dass die Stromgewinnung durch Windkraft hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Parallel sind die Weltmarktpreise für Erdgas massiv gestiegen. In dieser Situation waren es die verpönten Kohlekraftwerke, die in Großbritannien einen Zusammenbruch der Stromversorgung verhindert haben.

Steuererleichterung in Frankreich

Welche politische Brisanz in hohen Energiekosten steckt, hat sich 2018/2019 in Frankreich bei der Gelbwestenbewegung gezeigt. Auslöser der Protestbewegung waren Pläne von Präsident Emmanuel Macron, zur Finanzierung der Energiewende fossile Kraftstoffe, insbesondere Diesel,

stärker zu besteuern. Frankreichs Regierung sah sich letztlich gezwungen, auf einen Teil der Forderungen der Gelbwesten einzugehen. Beschlossen wurden unter anderem Steuererleichterungen für Rentner, eine Erhöhung des Mindestlohnes und die Rücknahme der Steuererhöhungen auf Kraftstoffe.

Strompreisrevolte in Bulgarien

Auch in Bulgarien mündeten steigende Strompreise im Jahr 2013 in eine „Strompreisrevolte“, die am Ende sogar zum Rücktritt des damaligen Regierungschefs Boiko Borissow führte. Mit ihrer „Klimapolitik“, die faktisch auf eine massive Verteuerung von Energie hinausläuft, riskiert die EU-Kommission, dass Energierevolten wie in Frankreich und Bulgarien künftig ein gesamteuropäisches Problem werden.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 01. Oktober 2021, S.7; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie dem Autor **Norman Hanert** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

=====